

Prof. Dr. Michael Staack

Ansprache für Helmut Schmidt

Veranstaltung zum Gedenken an Bundeskanzler Dr. h .c. mult. Helmut Schmidt

10. Dezember 2015, Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg

Sehr geehrter Herr Präsident Seidel,

sehr geehrter Herr Staatssekretär Brauksiepe,

lieber Herr Bischof Jaschke,

meine sehr geehrten Damen und Herren,

vor allem: sehr geehrte Damen und Herren, liebe studierende Offiziere!

Die Universität der Bundeswehr Hamburg trauert um ihren Gründungsvater, Namensgeber und Ehrendoktor der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät, um Helmut Schmidt.

Am Ende dachten wir fast, er wäre unsterblich. Aber Helmut und Loki Schmidt wussten es besser. Helmut und Loki Schmidt (und wer über Helmut Schmidt spricht, muss immer auch über Loki reden, die für sich eine große Frau gewesen ist) teilten in Bezug auf das, was wir alle nicht fest wissen, aber alle einmal erfahren werden, eine klare Auffassung: „Wenn ich erst einmal auf der Schwelle stehe“, so Loki Schmidt, „habe ich auch keine Angst mehr. Ich bin wirklich der Meinung, dass man sich, weil man aus vielen Atomen und Molekülen besteht, in die Bestandteile auflöst, und Mutter Natur setzt das alles neu und anders wieder zusammen. Man verschwindet körperlich nicht. Man lebt in einer völlig anderen Weise oder bleibt der Erde auf eine völlig andere Weise erhalten (als Pflanze, als Unkraut auf der Wiese, als Tier oder wieder als Mensch, so ergänzte Helmut Schmidt). Und das“, so urteilte Loki Schmidt, „und das, finde ich, ist ein tröstlicher Gedanke.“ Beide waren sich sehr bewusst: Wir sind nur Gast auf Erden.

Hanseat im besten Sinne, Staatsmann, Sozialdemokrat, europäischer Deutscher, Senator, Bundesminister, Bundeskanzler, Soldat, Ökonom, Kunstliebhaber, umfassend gebildeter Intellektueller, Publizist, all das ist Helmut Schmidt gewesen. Sein Jahrhundertleben hat sich am 10. November friedlich vollendet. Er hat unendlich viel geleistet für die Res publica, für Deutschland, für Europa und für den Frieden. Er wird nicht zu ersetzen sein. Bischof Jaschke hat zu uns gesprochen als Freund und Weggefährte. Ich spreche als einer von Millionen Deutschen, die Helmut Schmidt eher aus der Ferne erlebt haben; etwas näher aber als junger Mitarbeiter im Bundestag während der Endphase der sozial-liberalen Koalition. Während meines gesamten bewußten Lebens war Helmut Schmidt einfach immer da, mit seinen klaren Worten, mit seinem klaren Denken und seinem konsequenten Handeln. Er ist mir so über die Zeit zu einem Leitbild geworden; einem Leitbild,

einladend zur Zustimmung und auch zum Widerspruch. Das wird, auf andere Weise, so bleiben. Und dafür bin ich Ihnen, lieber Helmut Schmidt, auch persönlich dankbar.

I. Soldat

Klaus von Dohnanyi hat zutreffend festgestellt, dass Helmut Schmidt immer etwas Soldatisches an sich hatte. Es ist offensichtlich, dass die acht Jahre als Soldat vor und dann während des Zweiten Weltkrieges die prägendste Zeit in seinem Leben gewesen sind. Er hat bis zum Übermaß erfahren, was Krieg bedeutet, und er hat daraus eine klare Schlußfolgerung gezogen, die auch hier und an dieser Stelle klar auszusprechen ist: „Krieg“, so Helmut Schmidt, „Krieg ist Scheiße.“ In diesem Krieg hat er nach eigener Aussage aber auch gelernt, schnell und gleichwohl überlegt entscheiden zu müssen und sich auf Kameradschaft verlassen zu können. Das Soldatische in Helmut Schmidt lässt sich mit Begriffen wie Verantwortungsbereitschaft, Besonnenheit, Pflichtbewusstsein, Disziplin, Ausdauer, Zuverlässigkeit und gedanklicher Konzentration erfassen. Das sind meines Erachtens ganz gewiss keine Sekundärtugenden, sondern unverzichtbare Kennzeichen einer verantwortungsbewussten Persönlichkeit. Für Helmut Schmidt stand nach der eigenen Kriegserfahrung fest, dass Krieg künftig mit allen dazu geeigneten Mitteln der Friedens- und Sicherheitspolitik verhindert werden müsse. Das ist, neben dem energischen Verteidigung von Demokratie, Rechts- und Sozialstaat, immer die oberste Maxime seines politischen Handelns geblieben.

Die Bürde, als Soldat in den – so Helmut Schmidt – „verbrecherischen Versuch verstrickt gewesen (zu sein), eine Gewaltherrschaft über den ganzen europäischen Kontinent zu errichten“, hat ihn bis zum Schluss belastet: „Während ich einerseits den Nationalsozialismus ablehnte und ein schlimmes Ende des Krieges erwartete, zweifelte ich andererseits nicht an meiner Pflicht, als Soldat für Deutschland einzustehen, wobei übrigens für mich – anders als für viele andere Soldaten – der Fahneid eine eher nebensächliche Rolle spielte.“ Immer wieder hat sich Helmut Schmidt auch öffentlich gefragt, ob er in dieser Zeit anders hätte handeln können, sollen oder müssen. Ohne eigene, persönliche Schuld missbraucht und verführt worden zu sein, das ist – so hat es Gunter Hofmann in seiner Biographie „Helmut Schmidt. Soldat, Kanzler. Ikone“ auf den Punkt gebracht – seine „Lebenswunde“ geblieben. Nach meiner festen Überzeugung kann von einem 20- oder 22jährigen, der in einem totalitären oder autoritären System aufgewachsen und erzogen worden ist, nicht verlangt werden, zu einem Widerstandskämpfer zu werden; erst recht kann dies nicht verlangt werden von einer nachfolgenden, in demokratischen Verhältnissen aufgewachsenen Generation. Sehr wohl kann aber verlangt werden, dass man sich – um es mit Helmut Schmidt und sehr hanseatisch zu sagen – einigermaßen „anständig“ verhält.

Als erster Bundeskanzler hat Helmut Schmidt am 23. November 1977 Auschwitz und Birkenau besucht. Den Besuch an dieser Stätte, wo eine Million Menschen im deutschen Namen ermordet worden sind, empfand er rückblickend – zusammen mit dem Tod von Loki und dem Tod von Hans Martin Schleyer – als die stärkste Belastung seines Lebens. „Dieser Ort gebietet Schweigen“, leitete Schmidt seine Rede ein: „Aber ich bin sicher, der deutsche Bundeskanzler darf hier nicht schweigen. Wir sind nach Auschwitz gekommen, um daran zu erinnern, dass es ohne Erkenntnis der Vergangenheit keinen Weg in die Zukunft gibt. ... In Auschwitz kann niemand der Einsicht ausweichen, dass Politik ... der moralischen Grundlage und der sittlichen Ordnung bedarf. ... Kein junger Deutscher braucht sich unfrei zu fühlen, wenn er einem polnischen Altersgenossen begegnet.“

Aber er muss wissen, was Deutsche in deutschem Namen damals begangen haben. ... Wir können nichts ungeschehen machen. Wir können nur eins: Folgerungen für die Zukunft ziehen.“

II. Reformer der Bundeswehr

Die 1955 gegründete Bundeswehr fest im demokratischen Staat zu verankern, das war für Helmut Schmidt Konsequenz aus seiner „Lebenswunde“, als junger Soldat von einem Verbrecherregime missbraucht worden zu sein. Demokratie, Militär und Arbeiterschaft wollte er, im Gegensatz zu Weimar, miteinander versöhnen. Deshalb hat er sich seit ihrer Gründung für diese Bundeswehr interessiert und engagiert – als junger Abgeordneter, der als einer der ersten eine Wehrübung absolvierte, als Bundesminister der Verteidigung, als Bundeskanzler und als Staatsmann ohne Amt. Sein Credo formulierte er am 20. Juli 2008 in seiner Ansprache an die jungen Soldatinnen und Soldaten, als das feierliche Gelöbnis erstmals vor dem Sitz des Deutschen Bundestages in Berlin stattfand: „Ihr habt das große Glück – ganz anders als ich als Rekrut des Jahres 1937! -, Ihr habt das Glück, einer heute friedfertigen Nation und ihrem heute rechtlich geordneten Staat zu dienen. Ihr müsst wissen: Euer Dienst kann auch Risiken und Gefahren umfassen. Aber Ihr könnt Euch darauf verlassen: Dieser Staat wird Euch nicht missbrauchen. Denn die Würde und das Recht des einzelnen Menschen sind das oberste Gebot – nicht nur für die Regierenden, sondern für uns alle.“

Dieses Erbe darf nie wieder preisgegeben werden!

In der Debatte über die Wehrverfassung 1955/56 stellte für Helmut Schmidt der „Primat der Politik über die Streitkräfte“ und die „Garantie der Grundrechte des einzelnen Mannes (damals war das noch korrekt) innerhalb der Streitkräfte verfassungspolitisch, aber auch verteidigungspolitisch“ eine „kardinale Notwendigkeit“ dar. Die verfassungsrechtliche Ausgestaltung der Bundeswehr als Parlamentsarmee unter Einschluss der Schaffung des Amtes eines starken und unabhängigen Wehrbeauftragten hat er wesentlich mitgeprägt. Unter den Soldaten, an die er sich gern und dankbar erinnerte, nannte Helmut Schmidt an erster Stelle Generalleutnant Wolf Graf von Baudissin, den Begründer der „Inneren Führung“ und des Konzepts „Staatsbürger in Uniform“; später dann erster Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg.

Helmut Schmidts Amtszeit als Verteidigungsminister war mit knapp drei Jahren, von 1969 bis 1972, relativ kurz, für die weitere Entwicklung der Bundeswehr aber nachhaltig prägend. Um seine Vorstellungen durchzusetzen, musste er zunächst den Widerstand einer – so Schmidt später – „Clique von reaktionären Offizieren“ vorwiegend im Generalsrang überwinden, die die Bundeswehr als bruchlose Fortsetzung der Wehrmacht missverstanden und sich offen gegen „Innere Führung“ und zivile Leitung der Streitkräfte wandten. Sie waren schnell im vorzeitigen Ruhestand. Die Gründung der beiden Universitäten – damals noch Hochschulen – der Bundeswehr war für den neuen Minister sein wichtigstes Ziel. Helmut Schmidt wollte den Offiziersberuf in Deutschland zu einem akademischen Beruf machen und zugleich das Leitbild des mitdenkenden, fest im demokratischen Staat verankerten Offiziers irreversibel. Seine eigene Erfahrung im Zweiten Weltkrieg hatte Helmut Schmidt gelehrt – das hat er bei der Feier seines 90. Geburtstages hier an dieser Universität noch einmal sehr deutlich gesagt –, wozu es führen könne, wenn Offiziere eine schlechtere Bildung erfahren würden als Volksschullehrer. Die akademische Ausbildung des Offiziersnachwuchses sollte nicht nur dessen Qualifikation erhöhen, sondern durch Bildung auch immun machen gegen damals noch feststellbare rechtsextreme Versuchungen und außerdem die Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr erhöhen. Alle diese Zielsetzungen wurden erfüllt. Die Gründung der Universitäten war Teil des bis dahin größten Reformprogramms der Streitkräfte, das

auch weniger Rüstung, kürzere Wehrpflichtzeiten und eine neue Wehrstruktur umfasste; ebenso die vorbehaltlose Anerkennung des militärischen Widerstands gegen Hitler als zentrale Traditionslinie. In seiner kurzen Amtszeit wurden zwei Weissbücher zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland vorgelegt.

Helmut Schmidt war ein bedeutender Reformers in einer Zeit, in der „Reform“ nicht nur bedeutete, etwas anders, sondern anders und besser machen zu wollen. Er hatte, auch das, sein damals 670.000 Männer und Frauen mit und ohne Uniform umfassendes Haus stets im Griff.

Helmut Schmidt hat die zentrale Aufgabe der Bundeswehr immer in der Landes- und Bündnisverteidigung gesehen. Allen militärischen Interventionen fern der Heimat ist er, deshalb, bis zum Schluss skeptisch bis ablehnend begegnet. Den Irak-Krieg 2003 hat er nicht nur als völkerrechtswidrigen Angriffskrieg abgelehnt, sondern schon vor Kriegsbeginn die Prognose gestellt, daraus würde ein „Arbeitsbeschaffungsprogramm für Terroristen“. Ähnlich fiel seine Bewertung der Libyen-Intervention im Jahre 2011 aus. Das nicht nur von der Bush-Administration verfolgte Projekt, die gesamte Region des Nahen und Mittleren Ostens durch militärisches Eingreifen „demokratisch“ machen zu wollen, sah er als das Tun von Menschen mit Visionen. Seine nüchternen verantwortungsethischen Einschätzungen haben sich, möglicherweise über seine eigenen Befürchtungen hinaus, als zutreffend erwiesen. Dass daraus aber gelernt worden ist, lässt sich noch nicht wirklich erkennen.

III. Strategie der Sicherheit

Ja, Olaf Scholz hat Recht: Helmut Schmidt war ein Gigant. Ein Gigant, der – national und international – zusammengearbeitet hat und befreundet war mit anderen Großen seiner Zeit. So hat sich Helmut Schmidt seit 2007 gemeinsam mit Richard von Weizsäcker, Egon Bahr und Hans-Dietrich Genscher für die vollständige, kontrollierte Abrüstung aller Atomwaffen eingesetzt. Das gleiche Ziel verfolgten vier Staatsmänner der USA um Henry Kissinger – lange bevor ein amerikanischer Präsident sich dieses Ziel zu eigen machte. Schon in den 1950er Jahren hatte sich Helmut Schmidt scharf gegen die Bewaffnung der Bundeswehr mit Atomwaffen ausgesprochen. In seinem 1961 veröffentlichten, gleich ins Englische übersetzten Werk „Verteidigung oder Vergeltung“ verdeutlichte er, dass die damalige NATO-Strategie zur Vernichtung von zehn bis fünfzehn Millionen Deutschen in beiden Teilen des Vaterlands führen könnte und deshalb nicht hinnehmbar sei. In seinem acht Jahre später erschienenen Buch „Strategie des Gleichgewichts“ argumentierte Schmidt, dass nur eine stabile Parität die Sicherheit zwischen den Blöcken gewährleisten könne, nicht aber ein Wettrüsten durch eine sogenannte Politik der Stärke. Wechselseitige Abschreckung müsse ergänzt werden durch Dialog und Zusammenarbeit; erst dann sei Frieden erreichbar. Als Verteidigungsminister sorgte Helmut Schmidt gemeinsam mit seinem US-amerikanischen Amtskollegen Melvin Laird dafür, dass die von den USA ohne Konsultation der Bundesrepublik Deutschland beschlossene vollständige Verminung der innerdeutschen Grenze mit Nuklearmunition nicht ausgeführt wurde. Die transatlantischen Beziehungen stellten für ihn stets eine unverzichtbare Grundlage deutscher Politik dar. Allerdings war er auch der Auffassung, dass für diese deutsche Politik keine Erlaubnis aus Washington erforderlich sei. In seine Amtszeit fällt auch das Inkrafttreten des Vertrags über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen 1975. Nach dem Ende seiner Amtszeit hat Helmut Schmidt öffentlich bekannt, dass er dem Einsatz der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Nuklearwaffen niemals zugestimmt hätte, weil das Ergebnis die Selbstvernichtung Deutschlands gewesen wäre.

Sicherheit durch Gleichgewicht, durch kontrollierte Abrüstung und Rüstungskontrolle, durch Vertrauensbildung und Zusammenarbeit: das war seine Strategie. Dieser Strategie folgte auch Helmut Schmidts „Erfindung“, der NATO-Doppelbeschluss von 1979. Erinnern wir uns: Ende der 1970er Jahre hatte die Sowjetunion bei den nur Westeuropa erreichenden Atomraketen mittlerer Reichweite einseitig aufgerüstet, ohne dass die NATO dem etwas entgegen zu setzen hatte. Helmut Schmidt befürchtete, dass Westeuropa dadurch in einer schweren Krisensituation erpressbar sein würde, weil die USA nicht bereit sein könnten, auf eine Drohung mit sowjetischen Mittelstreckenwaffen durch eine Drohung mit ihren Langstreckenwaffen, also mit der Gefährdung ihres eigenen Territoriums, zu antworten. Deshalb setzte er sich für einen Beschluss über eine „Nachrüstung“ mit westlichen Raketen mittlerer Reichweite ein. Dieser Beschluss sollte aber – das war etwas völlig Neues – einhergehen mit einem Verhandlungsangebot an die Sowjetunion mit dem Ziel, diese Waffenkategorie gleichgewichtig und vertraglich auf einem möglichst niedrigen Niveau zu begrenzen.

Für dieses Konzept gewann er die widerstrebende US-amerikanische Administration, die sich zunächst solche sicherheitspolitischen Vorschläge aus Deutschland verboten hatte; ebenso die europäischen Nuklearmächte Frankreich und Großbritannien. Unmittelbar nachdem der Beschluss gefasst worden war, entwickelte sich die weltpolitische Lage, beginnend mit dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan, gegen Schmidts Konzept. Zwar gelang es ihm noch, das Moskauer Politbüro im Sommer 1980 im Alleingang und mit einer spektakulären Vermittlungsmission zur Rückkehr an den Verhandlungstisch zu veranlassen und damit das – so Schmidt – „Ende der Sprachlosigkeit“ – zwischen den Weltmächten zu erreichen. Ein zwischen den Unterhändlern beider Seiten im Sommer 1982 sondierter Kompromiss scheiterte aber an der Ablehnung der Administration in den USA, ohne dass die Verbündeten zuvor informiert oder konsultiert worden waren. 1983, ein Jahr nach Schmidts Abwahl als Bundeskanzler, erfolgte dann die Stationierung der neuen Raketen. Während Schmidt zum Doppelbeschluss stand, lehnte seine SPD die Nachrüstung nun mit überwältigender Mehrheit ab. Erst nach weiteren vier Jahren, 1987, konnte unter völlig veränderten weltpolitischen Rahmenbedingungen die Vernichtung der Mittelstreckenraketen und damit erstmals die vollständige Abrüstung einer ganzen Waffenkategorie vereinbart werden. Die innovative Philosophie des Doppelbeschlusses – nämlich die für ein festes Datum beschlossene Stationierung neuer Waffen zu verknüpfen mit einem ernstgemeinten Verhandlungsangebot, um eben diese Stationierung überflüssig zu machen – gehört seitdem zum Instrumentarium einer klugen Sicherheitsdiplomatie – die allerdings genützt werden müsste.

Helmut Schmidt hat vor der Rückentwicklung der Marktwirtschaft zu einem „Raubtierkapitalismus“ gewarnt, lange bevor die Folgen dieser Entwicklung die Welt in die Wirtschafts- und Finanzkrise stürzten. Den Aufstieg Chinas und seine inneren Reformen hat er seit seinem ersten Besuch 1974 mit Sympathie verfolgt und Respekt vor den großen Leistungen dieses Landes eingefordert. Auf die großen Herausforderungen durch globalen Bevölkerungszuwachs und Migration hat er seit langem mit Nachdruck hingewiesen und zugleich das Recht auf Asyl verteidigt. Helmut Schmidt hat, auch dies, aus der Gesellschaft kommende Veränderungen wie das Eintreten für die Umwelt oder die Bürgerrechtsbewegung im Osten Europas, in ihren Wirkungen unterschätzt.

IV. Gegen den Terror und für das Recht

Helmut Schmidt regierte in Zeiten schwerer Krisen. In die Entwicklungsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland eingeordnet, bestand seine größte innenpolitische Leistung in der erfolgreichen Bekämpfung des Terrors der sogenannten Rote Armee Fraktion und in der gleichzeitigen Verteidigung der rechtsstaatlichen Demokratie. Schmidts Strategie gegen den Terrorismus bestand aus vier Elementen: Erstens der vollen Ausschöpfung der legitimen Gewalt des Staates und seiner Sicherheitsorgane mit aller gebotenen Konsequenz und Härte. Zweitens der strikten Achtung von Recht und Rechtsstaatlichkeit als Begrenzung der staatlichen Gewalt, denn – so Schmidt – „der Rechtsstaat und nur der freiheitliche Rechtsstaat ist und bleibt das Bollwerk der offenen, demokratischen Gesellschaft“. Drittens der unter Beweis gestellten Reformfähigkeit der Demokratie, der – Zitat – „Ausbau unseres liberalen, sozialen und demokratischen Rechtsstaates im Geiste der Solidarität und der Toleranz“. Und viertens der „geistig-politischen Auseinandersetzung“ mit der totalitären Ideologie der Terroristen unter Einschluss der Erkenntnis möglicher eigener Fehler. Damals, daran muss erinnert werden, war die westdeutsche Demokratie noch nicht so gefestigt, wie sie das heute ist. Der lange Schatten der Nazi-Zeit wirkte nach. Viele Deutsche waren schnell dafür, im Kampf gegen den Terrorismus den Boden des Rechtsstaates zu verlassen. Auf der anderen Seite des politischen Spektrums war Anfang der 1970er Jahre, so eine Umfrage, jeder achte Deutsche bereit, Verbrecher der sogenannten Rote Armee Fraktion bei sich zu Hause zu verstecken. Auch im westeuropäischen Ausland gab es anfangs, gespeist aus der deutschen Geschichte, durchaus Sympathien für die vermeintlichen Motive der Terroristen.

Diese Sympathie für die Terroristen ging drastisch zurück, weil deren Anschläge gegen Repräsentanten von Staat und Gesellschaft zu immer mehr Abscheu führten. Sie ging vor allem zurück, weil sich der Staat an Recht und Gesetz hielt, die Freiheit nicht der Sicherheit opferte und glaubwürdig blieb. Weil – so Helmut Schmidt – „jeder Bürger die reale Chance (bekam), sich in diesem Staat frei zu entwickeln, sich darin wohl zu fühlen, sich mit ihm zu identifizieren“. Sie ging zurück, weil sich der Bundeskanzler demonstrativ mit den Schriftstellern Böll, Grass und Lenz traf, statt solche und andere kritischen Geister – wie das manche aus der Opposition taten – als „Sympathisanten des Terrorismus“ zu diffamieren. Im „deutschen Herbst“ 1977 – der Entführung von Hanns Martin Schleyer, der Entführung der Lufthansa-Maschine „Landshut“, der Befreiung der Passagiere in Mogadischu, der Ermordung Schleyers und dem Selbstmord inhaftierter Terroristen – erreichte der Terrorismus der sog. RAF seinen Gipfelpunkt. Helmut Schmidt hatte entschieden, dass der Staat nicht erpressbar sein dürfe. Die Mitschuld am Tod Schleyers hat ihn immer schwer belastet. Aber auch Loki und Helmut Schmidt hatten für sich niedergelegt, dass sie im Falle einer Entführung nicht ausgetauscht werden wollten. Der Terrorismus war mit dem Jahr 1977 nicht zu Ende; er setzte sich noch 15 Jahre fort. Aber die rechtsstaatliche Demokratie hatte, dank Helmut Schmidt und seiner Bundesregierung, ihre schwerste Bewährungsprobe bestanden. Die Sympathie für den Terror tendierte nun gegen Null und die Reformfähigkeit des Staates blieb gewahrt. Im historischen Vergleich ist es bemerkenswert, dass der Einsatz von verfassungswidrigen Instrumenten wie etwa der Folter innerhalb der Regierung nicht ein einziges Mal auch nur erwogen wurde.

Die Anti-Terror-Strategie des Bundeskanzlers Schmidt war damals richtig, sie ist es – unter ganz anderen Rahmenbedingungen – heute und sie wird es auch in Zukunft sein: voller Einsatz der staatlichen Gewalt, in strikter Bindung an das Recht, Beseitigung von Sympathien für den Terrorismus durch Reformbereitschaft und durch Glaubwürdigkeit der liberalen Demokratie!

V. Staatsmann

Lassen Sie mich schließen mit zwei Zitaten, in denen das politische Vermächtnis des Staatsmanns Schmidt besonders gut zum Ausdruck kommt.

Die erste Wegweisung stammt aus seiner Abschiedsrede als Abgeordneter des Deutschen Bundestages am 10. September 1986 und umreißt aus seiner Sicht die Grundlagen verantwortungsbewussten politischen Handelns: „Das, was wir erreichen wollen, das, was wir tun wollen, das muss moralisch begründet sein. Der Weg, auf dem wir das Ziel zu erreichen versuchen, muss realistisch sein, er darf nicht illusionär sein. Aber was immer wir auch anstreben, vergessen dürfen wir nicht, dass der, der ein fernes Ziel erreichen will, sehr viele kleine Schritte tun muss. Es sollte keiner glauben, dass solch Ethos die politischen Ziele ihres Glanzes beraube oder den politischen Alltag seines Feuers. Die Erreichung des moralischen Ziels verlangt pragmatisches, vernunftgemäßes politisches Handeln, Schritt für Schritt. Und die Vernunft erlaubt uns zugleich doch auf diesem Weg ein unvergleichliches Pathos. Denn keine Begeisterung sollte größer sein als die nüchterne Leidenschaft zur praktischen Vernunft.“

Die zweite grundsätzliche Aussage betrifft „Deutschland *in* und *mit* und *für* Europa“, so Helmut Schmidt am 4. Dezember 2011 in seiner letzten Rede vor einem Bundesparteitag der Sozialdemokratischen Partei: „Für uns Deutsche scheint mir entscheidend zu sein, dass fast alle Nachbarn Deutschlands – und außerdem fast alle Juden auf der ganzen Welt – sich des Holocaust und der Schandtaten erinnern, die zur Zeit der deutschen Besatzung ... geschehen sind. Wir Deutschen sind uns nicht ausreichend im Klaren darüber, dass bei fast allen unseren Nachbarn wahrscheinlich noch für viele Generationen ein latenter Argwohn gegen die Deutschen besteht. ... Es war der Argwohn gegenüber einer zukünftigen Entwicklung Deutschlands, der 1950 den Beginn der europäischen Integration begründet hat. ... Wenn wir Deutschen uns verführen ließen, gestützt auf unsere ökonomische Stärke, eine politische Führungsrolle in Europa zu beanspruchen ..., so würde eine zunehmende Mehrheit unserer Nachbarn sich wirksam dagegen wehren. ... Die sehr große und sehr leistungsfähige Bundesrepublik Deutschland braucht – auch zum Schutze vor uns selbst! – die Einbettung in die europäische Integration. ... Wir brauchen dafür europäische Vernunft. Wir brauchen aber Vernunft nicht allein, sondern ebenso ein mitfühlendes Herz gegenüber unseren Nachbarn und Partnern.“ Folglich liegt, das war Helmut Schmidts tiefste Überzeugung, die Einbindung in die europäische Integration, und zwar stets eng an der Seite von Frankreich, in Deutschlands fundamentalem strategischen Interesse.

Nichts kommt von selbst und wenig ist von Dauer. Vier Jahre nach Helmut Schmidts eindringlichem Appell ist die europäische Integration existenziell bedroht. Die Europäische Union steht zwar noch nicht vor dem Zerfall, aber eine solche Entwicklung kann auch nicht mehr völlig ausgeschlossen werden. Dessen sollten wir uns bewusst sein.

VI. Abschied und Erinnerung

Wir erinnern uns gern an Helmut Schmidt. Niemand, der dabei war, wird seine beeindruckenden Auftritte auf dem Roten Platz seiner Universität je vergessen. Lesen und reflektieren wir seine Schriften, denn die meisten haben an Relevanz nichts eingebüsst. Schauen wir uns gelegentlich auf *Youtube* eine Fernseh-Aufzeichnung mit dem Qualm von Mentholzigaretten an. Befassen wir uns, wissenschaftlich und interdisziplinär, etwa in Gestalt eines von Zeit zu Zeit wiederkehrenden Helmut-

Schmidt-Symposiums, mit seinem Denken und Handeln. Und beherzigen wir dabei auch seine Feststellung: *„Jeder von uns muss noch ein bisschen was dazulernen.“*

Wir verneigen uns vor einem großen Staatsmann und einem großartigen Menschen.

Lieber Helmut Schmidt, Ihre Universität wird immer stolz darauf sein, Ihren Namen tragen zu dürfen.